

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis im Oktober: 2. Woche RM. 25 000 000, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr . . . zuzügl. Postbefreiungsgeld. Einzelnummern 4 000 000 R. u. Strohfonto R. 50 bei d. Oberamtspostkasse Neuenbürg. Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Enzthalbank Romm-Ges. Haberle u. Co. Wildbad. Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum l. Bez. Grundr. RM. 30 außerh. 35 einschl. Inf.-Blauer. Restausgabe 70 R. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offert. u. b. Ankaufserteilung werden jew. 2 000 000 R. mehr berechnet. Schluss der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vorm. In Konkurrenzfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gsch in Wildbad.

Nummer 235

Veranst. 178

Wildbad, Dienstag, den 9. Oktober 1923

Veranst. 179

58. Jahrgang

Klagenjammer

Das Ergebnis der Krise

Während Reichsfinanzminister Stresemann sich abmühte, sein Kabinett aus dem Schiffbruch der großen Koalition in den stillen Rahn eines Geschäftsministeriums zu reiten, hat der Wahnsinn der deutschen Papierwirtschaft unerbörte Fortschritte gemacht. Nach dem letzten Ausweis der Reichshauptkasse betrug die Schwebende Kasse am 1. d. Ende September 45 718 Milliarden Mark. Kürzer ausgedrückt: 46,7 Milliarden. Unter diesen Ziffern kann sich der Normalmenschen nichts mehr vorstellen. Zum jetzigen Dollarkurs umgerechnet sind 46 Milliarden „nur“ ungefähr 400 Millionen Goldmark. Aber diese verhältnismäßig kleine Summe ist feist drauf, wenn man bedenkt, wie entsetzlich verarmt das Reich ist und wie grauhaft schnell die Schulddamme weiterwächst.

Die 46,7 Milliarden sind entstanden durch eine Vermehrung der schwebenden Schuld um 39,3 Milliarden. Was jetzt geschieht, stellt alles bisherige in den Schatten. Die Reichsbahn hat fast 10 000 Milliarden abgehoben. Die Tarifpolitik der Reichsbahn führt also zu einem immer fürchterlicher werdenden Fehlschlag. Denn wenn der Eisenbahnminister vom Reichsbahndirektor täglich 1000 Milliarden holen lassen muß, um den angeblich ausgeglichenen Wirtschaftskreislauf aufrecht zu erhalten, kann von einer Gesundung nicht mehr die Rede sein.

Diese Ziffern, die sich in den letzten fünf Tagen wiederum verdreifacht haben, sind ein vollständiger Beweis für den Zusammenbruch der Reichsfinanzverwaltung und der deutschen Finanzpolitik der letzten Wochen. Die steigenden Indizes stellen auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens, die unerschrocken gewordenen Lebensmittelpreise geben dem Zusammenbruch den praktischen Ausdruck. Alle Volkstriebe, die nicht mit Goldverdienst und Edelwolltadel rechnen, stöhnen sterbensam unter den Keulenschlägen der täglichen, ja stündlichen Verteuerung. Die Regierung regiert mit dem Belagerungsstatus, mit der mobilisierten Reichswehr und der wiedereröffneten Kriegsgenjur. Ein Pariser Blatt, das den deutschen Jammer mit dem fühlenden Blick des rechnenden Kaufmanns betrachtet, nämlich die „Journé Industrielle“, schreibt in den nächsten Wochen werde Frankreich wahrscheinlich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands eingreifen müssen.

In dieser trostlosen Lage, wo jede Minute der politischen Welt kostbar ist, wurde die parlamentarische Regierung Stresemanns vom Parlamentarismus zu Fall gebracht. Der Ruf war freilich, daß die sozialdemokratische Fraktion es nicht wolle, in der Frage der Wehrpflicht die Arbeit ein offenes Wort mit den Arbeitern zu sprechen, deren Führer sie sein will, daß sie vielmehr sich der Tatsache verschließt, daß die Arbeiter nicht willens sind, jetzt, wo es um alles geht und wo jeder das Letzte zu der noch möglichen Rettung hergeben muß, sich auf die Seite zu stellen. Die Krise hat das Reich innerpolitisch in furchtbare wirtschaftliche und politische Zustände und außenpolitisch in die Lage einer zweiten Berliner Kapitulation gebracht. Rasch ist zwar die Reue über die gekommen, die die teuersten aller Krisen heraufbeschworen haben. Man hat sich wieder „geeinigt“, nur die beiden, die den Wirtschafts- und den Finanzkaren des Reichs in ihrem ungläubigen Dilettantismus über die steile Bahn haben vollends hinunterfallen lassen, der Reichswirtschaftsminister v. Raumer und der Reichsfinanzminister Hilferding, sind auf der Strecke geblieben. Aber niemand bringt den Mut auf, dem zweiten Kabinett Stresemann eine lange Lebensdauer vorauszusagen.

Dr. B.

Reparation und Mehrleistung.

Vor dem Kriege betrug das volkswirtschaftliche Einkommen Deutschlands 40 Milliarden Mark. Von dieser Summe verbrauchte die deutsche Bevölkerung für ihren Lebensunterhalt ca. 26 Milliarden, 6 Milliarden entfielen auf den Bedarf von Reich, Ländern und Gemeinden und 6 Milliarden Mark betrug die Ersparnisse, die auf dem Umweg über Bankdepósitos und Sparkassengelder zu werbenden Zwecken in der Wirtschaft wieder angelegt wurden.

Der Produktionsumfang der deutschen Volkswirtschaft nach dem Kriege ist auf etwa 60 bis 65 Prozent der Friedensproduktion gesunken, das sind etwa 25 Milliarden Mark, wovon allerdings noch 15 Prozent abgezogen sind, die den Verlust der abgetretenen Gebiete in sich schließen. Einer derartig gesunkenen Produktion, einem so verkleinerten Volkseinkommen steht eine weit höhere Soll-Leistung gegenüber. Zunächst der erhöhte Bedarf von Reich, Ländern und Gemeinden. Hierunter fällt die Sorge für die Kriegsbeschädigten, für die Hinterbliebenen,

Tagespiegel

In der Sonntagrede in Olsney-en Barrois ließ Poincaré seinem Deutschland wieder voll die Zügel schießen. Neues brachte es nicht vor.

Die Militärregierung in Spanien hat die Rekrutenzahl auf 78 000, also um 14 000 Mann herabgesetzt.

Tsoo Jen ist zum Präsidenten der chinesischen Republik gewählt worden.

für die Erwerbslosen: der Bedarf wird sich noch erhöhen, sobald wir zu der produktiven Erwerbslosenfürsorge übergehen. Denn die erfordert die Bereitstellung von Materialien, was allerdings den Vorteil insofern für eine weitere Zukunft in sich trägt, daß nämlich die Gelder für die Erwerbslosenfürsorge während angelegt werden, daß für die Zukunft wirtschaftliche Werte geschaffen werden. Sodann haben wir eine überreichliche Beamtenschaft, die vermindert werden muß, wobei vollkommen davon abgesehen sein soll, daß die Arbeitsintensität der verbleibenden Beamten erhöht werden kann und dadurch noch weitere Beamte überflüssig werden. In dieses Kapitel fallen auch die Gelder für die Sozial- und Kleinrentner, die Zuschüsse für die Bauwirtschaft usw.

In dieser inneren Belastung tritt die äußere, durch die Reparationsleistungen, deren Umfang wir noch nicht einmal genau kennen. Mühen wir also zu einer Erweiterung unserer Güterproduktion schon deshalb kommen, weil der innerdeutsche Bedarf, auch wenn man die gekunkene Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung in Rechnung setzt, heute viel größer ist als vor dem Kriege, so wird die Mehrleistung zum Zwang aus außenpolitischen Gründen.

Für diese Mehrleistungen sind zwei Wege zu unterscheiden. Einmal wird es sich darum handeln, die Arbeitsintensität zu heben, soweit es bei der gesunkenen Lebenshaltung der wertvollen Bevölkerung nur möglich ist. Und zum anderen greift die Frage der Mehrproduktion über auf das Gebiet der Arbeitszeit in Mit der Schablone des Rehnsondendtags ist hier herzlich wenig anzujagen. Ein Mißgeschick, nach dessen Ursachen man jetzt nicht mehr forschen sollte, zwingt uns dazu, die Frage der Mehrproduktion in einem Augenblick der Wirtschaftspagnation zu lösen. Selbstverständlich wird eine Verlängerung der Arbeitszeit in erster Linie in der Produktion in Frage kommen. Vor allem im Bergbau jeder Art und in der Landwirtschaft. Von hier aus wird sich dann die verlängerte Arbeitszeit ganz von selbst in der Mehrproduktion über auf das Gebiet der Arbeitszeit den weiterverarbeitenden Industrien einführen lassen. Wir glauben nicht daran, daß die Arbeiterschaft einer derartigen Lösung unwillig gegenübersteht; bietet doch dieser Weg die einzige Möglichkeit, daß die Lebenshaltung der Gesamtarbeiterschaft gehoben werden kann. Ein Vergleich der oben wiedergegebenen Ziffern zeigt die Notwendigkeit einer Arbeitsintensivierung und Arbeitszeiterweiterung, vor allem in den Gewerbebetrieben, wo sie nicht zu einem vermehrten Bedarf an ausländischen Rohstoffen führen wird.

Der verlorenen Krieg zwingt uns zur Abtragung äußerer Schulden, die nur eine vermehrte Güterproduktion abdecken kann, wenn anders nicht die deutsche Bevölkerung um einige Millionen vermindert werden kann. Man sieht also, daß sich die Frage zuspitzt darauf, ob man das Problem wirtschaftspolitisch oder bevölkerungspolitisch lösen kann. Die letzte Lösung ist nicht möglich; es bleibt deshalb nur der erste Weg. Dazu ist aber nötig, daß wir die Frage der Mehrleistung nicht als eine politische, sondern als eine wirtschaftliche Kategorie betrachten lernen. Aus dem Zusammenhang zwischen Mehrleistung und Reparation ist außerdem klar ersichtlich, daß wir nur auf diesem Wege, der Steigerung unserer Produktion, zu einer Vereinerung der außenpolitischen Atmosphäre kommen werden.

Das Beamtenabbaugesetz.

Ein Programmpunkt in der Einschränkung der Ausgaben unserer Reichshaushaltes ist der Beamtenabbau. Nicht mit Unrecht wird von vielen Kreisen betont,

daß die Vergrößerung unseres Beamtenapparates, die nach der Revolution eingeleitet hat, für uns heute schlechterdings nicht mehr tragbar ist. Weiterhin wird hervorgehoben, daß an eine Sanierung unserer Verhältnisse, an den Aufbau einer neuen Währung und was dergleichen Pläne mehr sind, nicht gedacht werden kann, bevor nicht das Gleichgewicht in Ausgaben und Einnahmen hergestellt ist. Dieses Gleichgewicht kann aber nicht nur durch ein Anziehen der verschiedenen Steuer- schrauben erreicht werden, sondern muß seine Herbeiführung auch in einer Verminderung der Ausgaben der Reichshaushaltes finden. Deshalb sah sich der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding gezwungen, den Entwurf eines Gesetzes über die Verminderung des Beamtensubjects (Beamtenabbau-Gesetz) dem Reichstag vorzulegen. — Der Gesetzentwurf sieht zunächst eine Beschneidung der Bestimmungen vor, daß Reichsbeamte, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, in den Ruhestand treten müssen. Nur in ganz geringen Ausnahmefällen, die im unumgänglich notwendigen Interesse der Behörde liegen, kann von dieser Vorschrift abgesehen werden. In dem zweiten Artikel schlägt der Gesetzentwurf vor, daß Reichsbeamte über 60 Jahre auch ohne den Nachweis der Dienstunfähigkeit ihre Pensionierung beantragen können, wenn dies im Interesse des Beamtenabbaus liegt. In dem Falle erhält der Beamte für 18 Monate volles Gehalt, ab dann die gesetzlichen Ruhegehaltsbestimmungen eintreten. Am heftigsten wird der dritte Artikel des Gesetzentwurfes umstritten werden, der die „Beschneidung“ einzelner Reichsbeamten in den einseitigen Ruhestand zu regeln hat. Allein der Ausdruck „entbehrlicher“ Reichsbeamter hat in den Kreisen der Beamtenschaft lebhaften Widerspruch hervorgerufen, indem von den Beamtenorganisationen betont wurde, daß hierin eine Auflage gegen die Behörde liegt, die „entbehrliche“ Beamtenstellen geschaffen habe, während der Beamte, der in den Staatsdienst trat, niemals auch nur hätte ahnen können, daß der von ihm zu besetzende Posten in Wirklichkeit entbehrlich ist. Der Gesetzentwurf schlägt vor, daß lebenslanglich angestellte Reichsbeamte in den einseitigen Ruhestand versetzt werden können, wenn der Beamtenträger ihrer Verwaltung aufgrund eines besonderen Beschlusses der Reichsregierung vermindert werden muß. Die Auswahl der in den einseitigen Ruhestand zu versetzenden Beamten soll lediglich nach dem Gesichtspunkt der dienstlichen Leistung erfolgen, bei gleichen Leistungen nach sozialen Rücksichten. Volle politische, religiöse und gewerkschaftliche Neutralität ist in dem Gesetzentwurf zugesichert. Den so in den einseitigen Ruhestand versetzten Beamten soll für eine Uebergangszeit von einem Jahr volles Gehalt gezahlt werden. Darüber hinaus sichert der Gesetzentwurf an Beamte, die im Interesse des Beamtenabbaus ausscheiden, Pension in für den späteren Fall der Dienstunfähigkeit oder der Vollendung des 65. Lebensjahres. Endlich wird in dem Entwurf noch weitere Einzelheiten geregelt, wie die Höhe von Abfindungssummen für auf Probezeit, Kündigung usw. angestellte Beamte und dergleichen. Wenn der Gesetzentwurf im Reichstag eine Annahme findet, dann wird trotzdem vor einem Jahr er dem Reichshaushalt eine finanzielle Erleichterung nicht bringen können.

Neue Nachrichten

Das Programm des Reichsfinanzministers

Berlin, 8. Okt. Zu einem Vertreter der „Köln. Ztg.“ äußerte sich der neue Reichsfinanzminister Dr. Luther: Nachdem der Reichstag beschlossen ist, durch ein Ermächtigungsgesetz auch gerade auf finanziellen Gebiet der Regierung größte Vollmachten zu geben, wird das deutsche Volk mit Recht erwarten, daß nunmehr die Zeit des Redens vorbei ist und daß gehandelt wird. Die Regierung rechnet auf die Unterstützung aller staatsverhaltenden Kreise in ihrem Bestreben, das Wohl des gesamten Volkes über Sonderinteressen zu stellen. Im Vordergrund steht die Schaffung eines wirtschaftlich beständigen Zahlungsmittels, wofür eine Vorlage ja schon vorhanden ist, dazu die zahlreichen Steuerfragen, die fast alle im Fluß sind. Dabei kommt es nicht nur darauf an, daß die Einnahmen des Reichs auf jeden Fall die Ausgaben decken müssen, sondern die Steuern müssen auch so sein, daß sie einfach zu verwirklichen sind, also geringe Unkosten verursachen. Sehr wichtig ist ferner die Vereinfachung des letzten Reichshaushalts, wo-



nach die Länder und Gemeinden fast nur noch als Kostgänger des Reichs leben. Ein noch so gutes Steuersystem aber nützt gar nichts, wenn nicht 1) die Ausgaben des Reichs ganz außerordentlich eingeschränkt und 2) die Produktion unserer Volkswirtschaft ganz erheblich gesteigert wird. Das deutsche Volk muß jetzt seine ganzen körperlichen und geistigen Kräfte anspannen, damit auf der ganzen Linie des Wirtschaftslebens mehr geleistet wird. Dann werden alle Waren billiger werden. Wir werden wieder Lebensmittel in der erforderlichen Menge einführen können. Die graue Sorge um das tägliche Brot wird schwinden, wenn einmal die durch den unglücklichen Ausgang des Weltkriegs uns zur Last gefallenen Leistungen auf ein tragbares Maß zurückgeführt sind. Erste Voraussetzung dafür ist die freie Verfügung über Ruhr und Rhein und über die dortigen großen wirtschaftlichen Möglichkeiten. Das eigentliche Ziel bleibt also die Befreiung von Ruhr und Rhein, für die das vaterländische Wollen des ganzen deutschen Volkes sich einsetzt.

Die Einigungsformel

Berlin, 8. Okt. Die Grundlage, auf welcher die Bildung des neuen Kabinetts erfolgte, waren die Beschlüsse, die von dem am Freitag abend eingesehten Sozialpolitischen Ausschuss gefaßt worden waren:

„Die schwere Not unseres Landes läßt eine Steigerung der Gütererzeugung dringend geboten erscheinen. Das wird nur unter restloser Ausnutzung der technischen Errungenschaften bei organisatorischer Verbesserung unserer Wirtschaft und emsiger Arbeit jedes einzelnen zu erreichen sein. Neben der Steigerung der Produktion durch diese Mittel wird auch die Neuregelung des Arbeitszeitgesetzes unter grundsätzlicher Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitstag nicht zu umgehen sein. Hierdurch ist die Möglichkeit der tariflichen und gesetzlichen Ueberforderung der jetzigen Arbeitszeit im Interesse der volkswirtschaftlich notwendigen Steigerung und Verbilligung der Produktion zu erzielen. Für die öffentliche Verwaltung finden ähnliche Gesetze Anwendung.“

Die Berliner Sozialdemokratie gegen die große Koalition

Berlin, 8. Okt. Auf dem Bezirksparteitag der Berliner Sozialdemokraten sprach für die Mehrheit der sog. Reichstagsabg. Herz, für die radikale Minderheit Abg. Kuffhäuser. Die Anträge, die die Teilnahme der Sozialdemokratie an dem neuen Kabinetts billigen, wurden nicht einmal von so vielen Delegierten unterstügt, daß sie nach der Geschäftsordnung zur Abstimmung gestellt werden konnten. Dagegen fanden alle Anträge auf schärfste Mißbilligung der Vorstands- und Fraktionspolitik ausreißende Unterstützung. Die Debatte soll in zwei Wochen zu Ende geführt werden. Auf dem Parteitag wollte die Mehrheit den Bezirksvorstand, der in seiner überwiegenden Mehrheit auf dem Boden der Fraktionspolitik steht, sofort absetzen. Darüber kam es zu scharfen Auseinandersetzungen, da eine solche plötzliche Absetzung den Satzungen widersprechen hätte. Man einigte sich schließlich dahin, daß in der nächsten Versammlung die Abstimmung vorgenommen wird. Auch über den Antrag auf Absetzung der Redaktion des „Vorwärts“ wird an diesem Tage die Entscheidung fallen.

Neuer Kurs?

Berlin, 8. Okt. In einem Artikel der „Zeit“, dem Blatt Stresemanns, wird beklagt, daß Frankreich und Belgien trotz dem weitgehenden Entgegenkommen Deutschlands im Ruhrgebiet eine durchaus feindselige Haltung beobachteten. Wenn sich dies nicht ändere, so entscheide für die Reichsregierung eine ganz neue Lage. Sie steht vor der Frage, ob alle Versuche, noch Einstellung des passiven Widerstands zu Verhandlungen zu kommen, mißglückt sind. Es bestehen also zwischen Deutschland und Frankreich überhaupt keine Beziehungen mehr. Daraus müsse die Reichsregierung ihre Schlüsse ziehen. Es werde sich nicht vermeiden lassen, daß Frankreich in naher Zukunft die Quittung für das Hinterziehen aller Verhandlungsversuche erhalte. — Worin die Quittung bestehen wird, sagt der Artikel nicht.

Aus Münchens guter alter Zeit

(Lex mihi ars — Die Kunst mein Gesetz)

Musikroman von Dr. Hans Fischer-Hohenhausen.

Der unerquickliche Kampf, der damals zwischen Konservativen und der neuen Musikrichtung in München geführt wurde, nahm immer häßlichere Formen an. In der Personalfrage siegten die Konservativen und sowohl Richard Wagner als auch seine Umgebung mußten München verlassen. Die Verhandlungen zwischen dem neuen Orchesterleiter und den Hofmusikern waren schon lange nicht mehr in der Blumenprache geführt worden und Bilow, der sehr temperamentvoll auftreten konnte, ließ einmal das Wort von musikalischen Schweinehunden fallen. Da streifte das Hoforchester öblich — ein damals unerhörter Vorgang — und Franz Strauß erklärte der Intendanz namens des Orchesters, daß sie nicht eher wieder spielen würden, als bis der neue Dirigent entfernt sei, und die Intendanz mußte nachgeben.

War es auf diese Weise wohl auch gelungen, die persönlichen Vertreter der neuen musikalischen Richtung aus München hinauszuekeln: der neue Geist war eingezogen und ein fürstliches Nachwort sorgte dafür, daß die Richard Wagner'schen Tondramen weiter gepflegt wurden — trotz Franz Lachner und seiner Gesinnungsgenossen. Denn das Genre bricht sich Bahn und zermalmte Hindernisse.

Bilows Triumph war heute ein vollkommener. Dieselben Leute, die ihn vor etwa einem Jahrzehnt mißtrauisch und scheelfüchtig hinausgegrault, lagen ihm heute zu Füßen und brannten Opferfeuer auf dem Altar der Begeisterung. Diese galt freilich nicht dem musikalischen Neuerer, nicht dem Brecher alter Werte, den man wie einen Verbrecher damals des Landes verwies, sondern dem Priester in Beethovens Heiligum, und darüber vergaß man alles. Als letzte Sonate hatte er die Appassionata gespielt und

Weitere 500 000 Billionen Betriebskredit

Berlin, 8. Okt. Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat die vierte Nachtragsforderung der Regierung, den Betriebskredit des Reichs um weitere 500 000 Billionen Mark zu erhöhen, bewilligt. Der Regierungsvertreter führte u. a. aus, die Kosten der Getreiderücklage zur Sicherung der Brotpflicht betragen für eine Million Tonnen Getreide 84 Millionen holländische Gulden. Inzwischen habe sich der Markwert so verschlechtert, daß der weitere Kreditbedarf für die Beschaffung der Rücklage sich auf rund 300 000 Billionen Mark belaufe.

Der rote Bloß

Berlin, 8. Okt. In einer Besprechung der sächsischen und thüringischen Minister im Volkshaus in Leipzig wurde den Blättern zufolge der „rote Bloß“ für die beiden Länder vereinbart, nachdem die Sozialdemokratie die Bedingungen der Kommunisten angenommen hatten. Letztere werden in die Regierungen von Sachsen und Thüringen einreten. — Wie die „Montagspost“ erzählt, hat der Reichkanzler wegen der Gefahren, die durch diese politische Entwicklung in Mitteldeutschland dem Reich entstehen, den Ministerpräsidenten Reigner (Sachsen) und den Minister Frölich (Wolmar) zu einer Unterredung nach Berlin gebeten.

Der Billionenraub

Düsseldorf, 8. Okt. Nach Havas sind im letzten Wochen von den Franzosen und Belgiern im besetzten Gebiet 125 Billionen Mark „beschlagnahmt“ worden.

800 Billionen Sachwerte geraubt

Berlin, 8. Okt. Im Haushaltsausschuß des Reichstags teilte ein Regierungsvertreter auf Anfrage mit, daß der Schätzungswert der von den Franzosen und Belgiern beschlagnahmen und erprehten „Lieferungen“ an Kohlen, Stoks, Teer, Holz, chemischen Erzeugnissen, Farben usw. bis Ende September sich auf 800 Billionen Mark belaufe. Die beschlagnahmen Gelder sind hierin nicht inbegriffen.

Ausweisung der Schutzpolizei

Düsseldorf, 8. Okt. Wie Havas berichtet, haben die französischen Behörden gestern 200 Schutzpolizeileute aus Düsseldorf ausgewiesen, die mittelbar in die Zwischenfälle in Düsseldorf verwickelt sind. 120 andere bleiben in Ost, da sie in die Zwischenfälle verwickelt sind.

Wieder ein Geislicher verhaftet

ep. Dortmund, 8. Okt. Der Leiter des Rheinischen Evang. Pfingstvereins, eines völlig apolitischen Unternehmens, ist von den Franzosen verhaftet worden. Ueber die Gründe ist nichts bekannt.

Wiederaufnahme des Rheilverkehrs

Paris, 8. Okt. Wie der „Polit Parisien“ mitteilt, hat die Rheinschiffahrt, die während des passiven Widerstands vollkommen ruhte, den Verkehr in gewissem Umfang wieder aufgenommen. Der Verkehr erreicht augenblicklich ungefähr schon 50 Prozent im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bisher hatten die holländischen Schiffsfahrtslinien den Dienst versehen.

Die Vertreter der Handelskammer von Essen haben gestern Fühlung mit den französischen Behörden genommen im Hinblick auf die Wiederaufnahme der Arbeit und der wirtschaftlichen Tätigkeit.

Ruhrspende

Die Schleswig-holsteinischen Meierereien haben an den Magistrat in Köln einen weiteren Eisenbahnwagen mit Futur zur Verteilung an die Ruhrbevölkerung abgehandelt.

Stilles bei Degoutte

Paris, 8. Okt. Der „Temps“ berichtet, Hugo Stinnes und drei andere hervorragende Vertreter der rheinisch-westfälischen Industrie haben mit dem General Degoutte in Düsseldorf eine Unterredung gehabt. Auf die Frage Degouttes, ob die Industrie bereit sei, die von Frankreich und Belgien verlangten Steuern, besonders die Kohlensteuer zu bezahlen, haben die Industrievertreter die Einrichtung der Steuern nicht grundsätzlich abgelehnt, die Steuern seien aber zu hoch. Zur Lieferung von Kohlen usw. können sie sich nicht verpflichten ohne die Sicherheit, daß die Reichsregierung sie bezahle. Nach gewissen Auskünften, wird dem Blatt aus

die ganze, vom göttlichen Funken durchglühte Leidenschaft des letzten Satzes so unmittelbar in jedem Herzen entfacht, daß die Hörer mit verhaltenem Atem dasaßen und der Beifallssturm sich wie Befreiung aus jeder Brust drängte. Amjubelt stand er da, ein Gott im Reiche der Tonkunst, getragen von den Wogen der Begeisterung eines dankbaren und musikverständiger Publikums.

Endlich hatte der Konzertsaal sich geleert. Bilow hatte sich etwas erschöpft in einem Sofa des Künstlerzimmers niedergelassen und den Konzertdiener befragt, ob sein Wagen bereit stünde, ihn ins Hotel zurückzuführen. Etwas verlegen verneinte der Konzertdiener und streifte mit einem Blick die abgegebenen Besuchskarten — es waren ziemlich viele. Bilow wollte lieber zu Fuß ins Hotel gehen, da las er die oberste Karte: „Franz Lachner, tgl. bayrischer Generalmusikdirektor a. D.“

Bilow lächelte unwillkürlich — sein alter Feind lebte noch! Aber Bilow wollte keine Erinnerungen. Die Zeit trübsten Lebens und Berzweifeln lag hinter ihm und doch war seine Reugierde geweckt; er kramte weiter: „Josef Rheinberger, Professor am tgl. Konservatorium“, und an diese Karte geheftet zwei andere Karten: „Engelbert Humperdinck“ und „Philipp Wolfrum“. Von denen hatte er nun noch gar nichts gehört! Wahrscheinlich Musikstudenten, die von ihm empfohlen zu sein wünschten und sich hinter ihren Lehrer vertriehen.

„Da hätte ich viel zu tun,“ brummte er vor sich hin, „wenn ich jedem Konservatoristen forthelfen wollte! Genie bricht sich selbst Bahn — mir hat man nur Hindernisse in den Weg gelegt — in der Kunst gibt es keine Mittelmaßigkeit, wer es nicht in sich hat, wird besser Mauer!“

Nun kamen noch Karten von Erzellenzen, Geheimräten, Großindustriellen — fort damit, das waren bloß Autographenjäger! — Halt, da kam ihm eine Karte zwischen die Finger: „Josef Giehl, Pianist und Professor am tgl. Konservatorium“ und ein paar Worte darauf geschrieben: „Meister! Ueber einen jungen, schaffenden Künstler, der außerhalb des Rahmens der Alltäglichkeit steht, möchte ich

Urteil erbitten. Ich weiß, was ich damit von Ihnen verlange, aber ich vertraue Ihnen und meiner Sache.“

„Giehl — Giehl?“ Bilow dachte nach. — Richtig, war ein guter Pianist. Einer der wenigen hier, die nicht verächtelt am Alten hingen und den Geist der Kunst fortschrittlich aufsaßen. Dem wollte er gern mal einen Gefallen tun, wenn dessen Schützling es wirklich verdiente.

Während er noch schwankte, brach die Tür des Künstlerzimmers auf und eine Schar begeisterter Konzertbesucher brachte dem Meister eine erneute Huldigung. Bergelich hatte der Konzertdiener die Leute zurückzuhalten versucht.

Bilow war ärgerlich, denn er wollte heute Ruhe haben. Und da er so manchen alten Feind unter den eben Eingetretenen erblickte, vor allem den wohlbekannten alten Cäsarentopf Franz Lachners auf der kleinen Gestalt, wurde seine Stimmung nicht besser. Daran änderten auch die Hochrufe und Lorbeerkränze nichts — das hatte er alle Tage. Mit undurchbringlicher Miene hielt er sich die Schar möglichst fern, schüttelte Einzelnen mechanisch die Hand, nahm scheinbar halbdroll und erfreut Kenntnis, daß aus der Pflanzschule des von ihm reformierten Konservatoriums zwei so hoffnungsvolle Komponisten demnächst hervorgehen sollten, schien aber keinen auf persönliche Vorstellung abzielenden Wunsch zu haben. Ziemlich verduht stand Rheinberger mit seinen zwei Renommierschülern beiseite und diese machten lange Gesichter. Gleich darauf erklärte Bilow den Erschienenen, er sei heute zu müde, um sich jemanden widmen zu können. Während sich das Zimmer langsam leerte, versuchte Giehl es doch noch mal, dem Meister vor die Augen zu treten, wobei er den jungen Richard Strauß an der Hand mitführte. Einen Augenblick verfinsterte sich Bilows Blick, aber gleich darauf wurde er freundlich, reichte Giehl die Hand und sprach:

„Ah, mein lieber Giehl! — Das ist wohl Ihr Schützling, von dem Sie schreiben? — Wenn ich nur nicht so müde wäre!“

Frankreichs Vorkoch beim Vatikan

Rom, 8. Okt. Das Nachrichtenbureau Volta berichtet, der französische General Castellano habe bei seinem Besuch beim Papst bestimmen sollen, die Besetzung der deutschen Gebiete dadurch zu unterstützen, daß die katholische Geistlichkeit von der Kölner Diözese losgelöst werde. Der Vatikan habe das Ansinnen abgelehnt.

Keine politische Vereidigung

Paris, 8. Okt. Der „Temps“ berichtet, die Eidesformel, die den deutschen Eisenbahnern der besetzten Gebiete auferlegt werde, sei abgeändert und beziehe sich nur noch auf die gewissenhafte Ausübung des Berufs, nicht mehr auf ihre politische Haltung. — So viel haben die Eisenbahner durch ihren Widerstand wenigstens erreicht.

Neue Marktschätzung?

Berlin, 8. Okt. Zu vertraulichen Besprechungen über eine neue Marktschätzung wurden Bank- und Währungssachverständige ins Reichskanzlerpalais geladen. Auch Reichsbankpräsident Havenstein war anwesend.

Deutscher Reichstag

Die Reden des Reichskanzlers

Berlin, 6. Oktober.

Reichskanzler Dr. Stresemann (fortfahrend): Unsere Angebote sind das Weitestgehende, was jemals ein Volk angeboten hat. Sie gehen weit hinaus über den Versaillesvertrag. Trotzdem sind auch diese weitgehenden Angebote nicht irgendwie bisher die Grundlage gewesen für weitere Verhandlungen. Frankreich weiß ganz genau, daß es jederzeit in der Lage war, von uns Einzelheiten zu erhalten. Wir haben nicht aufgegeben die Forderung der Wiederverfügung über das Ruhrgebiet. Wir werden niemals aufgeben den Kampf um die Menschenrechte der Bevölkerung. Unsere Anfrage über die Wiederherstellung geordneter Zustände im besetzten Gebiet ist bisher nicht beantwortet worden. Wir werden sie wiederholen. Unser Irt der Boden, unser Irt das Land, unser Irt die Hoheit in diesem Land. (Stürmischer Beifall). Sind die Erklärungen richtig, die der französische Ministerpräsident Herr Baldwin gegeben haben soll, daß er keine Annehmungen, keine Beeinträchtigung gebietlicher Hoheitsrechte will, dann hat er jetzt die beste Gelegenheit, vor der ganzen Welt die Zweifel zum Verstummen zu bringen. Man spricht davon, die deutsche Regierung müsse erst ihren guten Willen zeigen. Dagegen darf ich fragen: Was soll Deutschland darüber hinaus zu leisten anbieten?

Aber es gibt eine Grenze der Geduld des deutschen Volks. Die nationale Erregung über den Ausgang des Ruhrkampfes ist nur zu begreiflich. Bedauerlich aber ist die Verwechslung zwischen der Idee der Aufgabe des passiven Widerstands mit der der Aufgabe des Kampfes für Freiheit und Recht. Jetzt ist es unverantwortlich, Verfassungsfragen, Parteifragen, dynastische Fragen aufzurufen. Die vom Reich verfügte Verhängung des Ausnahmestates war keineswegs ein Versuch der Regierung, ihre Stellung innerpolitisch zu verbessern. Die bayerische Regierung hat zur Verhängung des Ausnahmezustands schreiten müssen. (Lebhafte Rufe bei den Kommunisten: Müssen! Er kapituliert vor Ruhr wie vor

Ihr Urteil erbitten. Ich weiß, was ich damit von Ihnen verlange, aber ich vertraue Ihnen und meiner Sache.“

„Giehl — Giehl?“ Bilow dachte nach. — Richtig, war ein guter Pianist. Einer der wenigen hier, die nicht verächtelt am Alten hingen und den Geist der Kunst fortschrittlich aufsaßen. Dem wollte er gern mal einen Gefallen tun, wenn dessen Schützling es wirklich verdiente.

Während er noch schwankte, brach die Tür des Künstlerzimmers auf und eine Schar begeisterter Konzertbesucher brachte dem Meister eine erneute Huldigung. Bergelich hatte der Konzertdiener die Leute zurückzuhalten versucht.

Bilow war ärgerlich, denn er wollte heute Ruhe haben. Und da er so manchen alten Feind unter den eben Eingetretenen erblickte, vor allem den wohlbekannten alten Cäsarentopf Franz Lachners auf der kleinen Gestalt, wurde seine Stimmung nicht besser. Daran änderten auch die Hochrufe und Lorbeerkränze nichts — das hatte er alle Tage. Mit undurchbringlicher Miene hielt er sich die Schar möglichst fern, schüttelte Einzelnen mechanisch die Hand, nahm scheinbar halbdroll und erfreut Kenntnis, daß aus der Pflanzschule des von ihm reformierten Konservatoriums zwei so hoffnungsvolle Komponisten demnächst hervorgehen sollten, schien aber keinen auf persönliche Vorstellung abzielenden Wunsch zu haben. Ziemlich verduht stand Rheinberger mit seinen zwei Renommierschülern beiseite und diese machten lange Gesichter. Gleich darauf erklärte Bilow den Erschienenen, er sei heute zu müde, um sich jemanden widmen zu können. Während sich das Zimmer langsam leerte, versuchte Giehl es doch noch mal, dem Meister vor die Augen zu treten, wobei er den jungen Richard Strauß an der Hand mitführte. Einen Augenblick verfinsterte sich Bilows Blick, aber gleich darauf wurde er freundlich, reichte Giehl die Hand und sprach:

„Ah, mein lieber Giehl! — Das ist wohl Ihr Schützling, von dem Sie schreiben? — Wenn ich nur nicht so müde wäre!“

(Fortsetzung folgt.)

„Woincaré“) Ich glaube, die Bewegung in Bayern, die mit dem Marsch auf Berlin droht, hat durchaus die Notwendigkeit zu einem Ausnahmezustand ergeben. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß Reichsrecht vor Landesrecht geht. Das gilt auch für den vom Reich verhängten Ausnahmezustand. Wir würdigen die besondere Lage in Bayern und hoffen, daß es uns gelingen wird, bei dem Nebeneinanderbestehen beider Verordnungen das Recht des Reichs zu schützen. (Rufe links: „Kapitulation vor Bayern!“) Wir müssen der Jüggellosigkeit ein Ende machen, mit der die Autorität des Reichspräsidenten und des Reichs ständig untergraben wird. Welche Parteien an der Regierung sind, das ist eine Episode, aber ob das Deutsche Reich bleibt, das ist eine Epoche der Geschichte. Die Reichswehr, die bei der Niedererschlagung des Kärntner Putschs ihre Zuverlässigkeit so glänzend bewährt hat, muß aus dem politischen Kampf herausgelassen werden, wie wir auch verlangen, daß sie sich von der Politik fernhält. Die Reichswehr ist nicht das Instrument bestimmter Parteien. (Widerspruch bei den Kommunisten.) Es muß auf schärfste verurteilt werden, wenn der Münchener „Bölkische Beobachter“ die nationale Gesinnung des Chefs der Heeresleitung, General v. Seeckt, zu verdächtigen wagt. Es kann auch nicht angehen, daß einzelne Länder für sich Steuererleichterungen verlangen. Insbesondere Härten werden gesehlich gemildert. Wir müssen eine grundlegende Aenderung des steuerlichen Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden schaffen. Die Länder müssen für ihre Ausgaben selbst die Verantwortung tragen und dazu brauchen sie auch eigene Steuerquellen. Daneben muß eine Einschränkung der Ausgaben vor sich gehen. Es dürfen keine Gesetze verabschiedet werden, die neue Belastungen bringen, keine neuen Behörden- und Beamtenstellen geschaffen werden. Wir brauchen einen Abbau der alten Gesetze und der Verwaltung. Die Fragen der Währungsreform, an denen wir eifrig arbeiten, werden ihre volle Lösung erst finden mit der Gesundung der Wirtschaft selber.

Wir wollen die Wehrpflicht des Besitzes (Nachen bei den Kommunisten) und ein Eingreifen in die Preisbildung, die bei uns unerträgliche Formen angenommen hat. Es geht nicht länger an, daß durch Syndikate, Kartelle, Preisconventionen die Kräfte unserer Wirtschaft zerstückt werden, die uns einst den Weltmarkt erobert haben. Andererseits richten wir an die Arbeiter, Angestellten und Beamten den Ruf zur Mehrleistung, sei es im Weg freier Vereinbarung, sei es nötigenfalls durch behördliche Anordnung. (Lärm bei den Kommunisten.) Wir können die dringenden Maßnahmen, die die Not der Zeit erfordert, nicht mit dem jetzigen parlamentarischen Apparat erledigen. (Rufe bei den Komm.) Sie wollen mit dem Belagerungsstand gegen die Arbeiter regieren. Es liegt an Ihnen (zu den Komm.), ob der Belagerungsstand gegen Sie angewandt wird. (Großer Lärm. Abg. Kemmele erhält wegen des Rufs „Heuchler“ den zweiten Ordnungsruf.) Der Ausnahmezustand ist verhängt gegen die umstürzlerischen Tendenzen, die das Reich gefährden, und er wird gegen sie mit aller Schärfe angewandt werden. (Lebhafte Beifall.)

Die Aussprache zur Regierungserklärung Berlin, 8. Okt.

Zur Erklärung des Reichkanzlers am 6. Oktober ergreift das Wort Abg. Dr. Breitsheld (Soz.): Die Krise der letzten Woche sei völlig überraschend gekommen. Dieser Vorstoß müsse noch geklärt und sein Urheber festgestellt werden. Aber die Sozialdemokratische Fraktion steht diesem Kabinett mit ganz anderen Empfindungen gegenüber als vor einer Woche. Wir billigen die Aufgabe des passiven Widerstands, weil er finanziell nicht mehr zu tragen war. Das Kabinett Cuno trifft der schwere Vorwurf, daß es das deutsche Volk über die Tatsachen im Dunkeln gehalten hat. Dazu kam eine gewisse Demoralisation im Auftragsgebiet. Die aus der Staatskasse überwiesenen Mittel wurden von gewissen Kreisen zum Kampf gegen das deutsche Volk und die deutsche Währung verwendet. (Unruhe rechts, Zuruf des Abg. Dr. Helfferich: Namen und Beweise.) Von der Bahnmöglichkeit des Gedankens eines Kriegs gegen Frankreich müssen die Deutschnationalen selbst überzeugt sein. (Unruhe rechts.) Der Redner fordert von der Regierung Aufklärung, ob England zu irgend einem Zeitpunkt der deutschen Regierung die Aufgabe des passiven Widerstands empfohlen habe. Das Rheinland ist deutsch und muß deutsch bleiben. Die Regierung darf nichts unterlassen, um mit Frankreich zu einer direkten Verständigung zu kommen. Der Kärntner Putsch sei eine Episode einer groß angelegten Bewegung, die glücklicherweise nicht zum Ausbruch gekommen sei. Die Reichswehr habe sich bewährt. Sie müsse ein Instrument der Republik sein. In Bayern ist einstellend der schwarz-weiß-rote Teufel durch den weiß-blauen Belzebub ausgetrieben worden. Müller und Raab sind gefährliche Feinde der Republik. Die bayerischen Ausnahmeverordnungen haben einen skandalösen, völlig unerträglichen Zustand geschaffen. Die Frage Reich und Bayern ist eine Rechtsfrage. Die Regierung darf dem unvermeidlichen Konflikt nicht ausweichen. Zu empfehlen sei lieber eine Diktatur des Parlaments. Der Redner erklärt, daß seine Partei an dem Abtust und tag nicht rütteln lasse. Seine Partei sei zum Kampf mit jenen gerüstet, die die Sozialdemokratie aus der Regierung drängen wollten.

Abg. Bell (Zentr.) spricht von bitteren Erfahrungen. Die seine Partei in der letzten Woche gesammelt habe. Der Reichstag habe in dieser Krisis den Befähigungsnachweis wirklich nicht erbracht. Die Zurückhaltung, die der Kanzler sich Bayern gegenüber auferlegt hat, begrüßt der Redner. Der berechtigten Eigenart der süddeutschen Länder, besonders Bayerns, muß Rechnung getragen werden. Durch das Ermächtigungsgesetz darf sich das Parlament durchaus nicht ausschalten. Die Souveränität der Volksoberleitung darf nicht in andere Hände übergeben. Am Aufblühen unserer Wirtschaft haben alle Volkstriebe Interesse, aber es ist notwendig, daß in den Kreisen der Großindustrie der Gedanke des Gemeinwohls mehr in Erscheinung tritt. Es muß besonders in die ungesunde Preisbildung jener Urprodukte eingegriffen werden, die die Preise in der ganzen Wirtschaft beeinflussen. Die Steigerung der Arbeitsleistung sei daher notwendig. Der passive Widerstand bleibt ein Ruhmesblatt für die Bevölkerung an Rhein und Ruhr und für die Geschichte des Deutschen Reichs. Wir sind zu Verhandlungen bereit. Die Rheinlande erwarten, daß keine Gelegenheit verpasst wird, zu einer Verständigung mit den Gegnern zu kommen. Wir wollen und werden die Rheinlande nie im Stiche lassen.

Württemberg

Stuttgart, 8. Okt. 9 Milliarden Geldstrafe. Der Angeklagte eines biesigen Weiswarengeschäfts betrieht mit einem Angestellten eines Feinkostwarengeschäfts. Je auf

„Geschäftskosten“, einen Tauschhandel, der einen erheblichen Umfang annahm. Der Weiswarenlieferant ist bisher unbestraft, und diesem Umstand hat er es zu danken, daß er nicht einen Monat hinter Schloß und Riegel kommt. Dafür hat er eine Buße von 9 Milliarden Mark zu zahlen.

Verammlungsoverbot. Eine von der Friedensgesellschaft veranstaltete Vortragsreise des pazifistischen Generals a. D. Frhr. v. Schönau in Württemberg wurde, lt. „Schwäbischer Tagwacht“, vom Ministerium des Innern mit der Begründung verboten, daß Störungen befürchtet werden könnten im Hinblick auf die Vorkommnisse bei den letzten Versammlungen der Deutschen Friedensgesellschaft in Württemberg.

Leonberg, 8. Okt. Der Viehstand. Die Viehzählung ergab gegenüber der im Vorjahr vorgenommenen Zählung bei Rindvieh einen Zuwachs von 14 Stück, bei Schafen einen Abgang von 98 Stück, bei Schweinen einen Zuwachs von 131 Stück, bei Ziegen einen Zuwachs von 34 Stück.

Besigheim, 8. Okt. Teuere Birnen. Ein Bürger kaufte in Walheim einen Armfisch voll Pfäferschnecken. Gewicht 20 Pfund zu 4 Mill., gleich 80 Millionen; laut Zählung 183 Stück, es kommt also eine Birne auf 437 267,5 Mt.

Redarftalm, 8. Okt. Nichts ist zu schwer. Bei den Kanalarbeiten zwischen hier und Kochendorf wurde aus einer Baubude ein 7,5 Pferdestärke Elektromotor im Gewicht von 140 Kilo gestohlen.

Ulm, 6. Okt. Die Schlacht am Walsfischkeller in Öppingen. Nach fünfjähriger Verhandlung hat die Strafkammer das Urteil gegen die wegen Landfriedensbruchs Angeklagten aus der Schlacht am Walsfischkeller gesprochen. Es lautet bei Rehbach, Westf. Leimeister, Knöbber, P. Plank, Stoll, Lang, Münkler, Weismann, Weidle, Eger, Böhm auf Freisprechung. Manz, Zimmermann, W. Plank, Seitz, Dollmer, Bäuerle, Hafner, Nagel wurden zu der gesetzlichen Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis verurteilt und der jugendliche König zu 4 Wochen Gefängnis wegen Körperverletzung. Das Verfahren gegen Mühlhäuser wurde an das Schwurgericht verwiesen.

Heidenheim, 8. Okt. Petriheil. Bei dem in den letzten Tagen nach mehrjähriger Pause vorgenommenen Ausschiffen des Sees in Igelberg wurde neben sonstigen schweren Exemplaren ein Hecht im Gewicht von 22 Pfund gefangen.

Schnaitheim a. Br., 8. Okt. Betriebs einstellen. Die „Ahenania“ stellt den Betrieb in dem von der Stadt gepachteten Steinbruch bis auf weiteres ein.

Schopfloch, 10. Freudenstadt, 8. Okt. Sich selbst gerichtet. Die Landjägermannschaft stellte zwei Einbrecher, den Josef Abberger von Dettingen und den Georg Schittenhelm aus Hirschweiler, die Diebstähle in Höhe von mehreren Millionen verübt hatten. Schittenhelm schloß auf den Landjäger Mühl von Dornstetten und verwundete ihn am Arm, als er sich aber in die Enge getrieben sah, erschloß er sich selbst.

Oberdorf, 8. Okt. Brand durch Einbrecher. Beim Versuch, in dem der Gemeinde Witzeln gehörigen Motorflugschuppen Benzin zu stehlen, geriet dieses in Brand, wodurch der ganze Schuppen zerstört wurde. Einer der drei Einbrecher erlitt Brandwunden, was die Verhaftung des Kleeblatts ermöglichte.

Schwanningen, 8. Okt. Besitzwechsel. Der Gemeinderat hat den Gasthof 3 Röhle um 30 000 Dollar angekauft. Der Gasthofbetrieb soll in etwas beschränktem Maß beibehalten werden, außerdem sollen in das Gebäude die Stadtkirche und einige städtische Kasseien verlegt werden.

Talheim, 10. Tuttingen, 8. Okt. Ein altes Fläckengrab. Beim Sprengen eines Eichenstumpfes, der sich am Fuße des Lupferis befand, wurde in einer Höhlung eine alte wertvolle Altertümer gefunden. Wie vermutet wird, ist es ein altes alemannisches Fläckengrab. Die Fundstücke liegen jetzt auf dem Talheimer Rathaus, sollen aber später an das Stuttgarter Landesmuseum verkauft werden.

Vom Bodensee, 8. Okt. Alpen glähen. Freitag war wieder ein schönes Alpen glähen zu sehen, das jeden Beobachter entzückte. Die höchsten Gipfel strahlten in feurigem Rot vom Säntis bis zum Widdersteim.

Die Demokraten zur Lage.

Die Deutsche demokratische Partei Württembergs hielt eine aus allen Teilen des Landes besuchte Landes-Ausschiffung unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Brudmann statt. An den politischen Bericht des Staatspräsidenten Dr. Diederich schloß sich eine lebhafteste Aussprache. Zum Schluß wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Mit tiefem Schmerz muß die Deutsche demokratische Partei Württembergs erkennen, daß die Aufgabe des passiven Widerstandes an Ruhr und Rhein zur bitteren Notwendigkeit geworden ist. Sie spricht den dortigen treuen Volksgenossen für alles, was sie in den neun Monaten des passiven Widerstandes auf sich genommen und erlitten haben, tiefgefühlten Dank aus. Aber in Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit d. s. Reichs und namentlich der Kräfteverteilung in Europa und der tatsächlichen Machtverhältnisse noch ein klares, weder durch Gefühl noch durch einseitige Parteipolitik gerührtes Urteil sich bewahrt hat, der muß auch den Mut aufbringen, die Folgerungen aus jener harten Notwendigkeit zu ziehen. So stellt sich denn die Deutsche demokratische Partei Württembergs geschlossen hinter die Führer der Parteien in Reich und Land, welche den Vorschlägen der Reichsregierung und des Reichskanzlers Stresmann für Ruhr und Rhein die Zustimmung nicht verweigert haben. Aber das Unrecht an der Ruhr muß als Unrecht gebrandmarkt bleiben. Die endgültige Erhaltung der Ruhr wie des ganzen Rheinlandes beim Reich und die Wiederherstellung der freien deutschen Staatslosh muß die über allen Parteihader höhergehobene geheiligte Lösung aller Deutschen sein.“

Gegenüber den Bestrebungen auf Trennung einzelner Teile vom Reich oder Abplitterungen und Wipachtung der Reichsverfassung erneuert die Deutsche demokratische Partei Württembergs ihr Gelöbnis unerschütterlicher Treue zum Reich und zur republikanischen Verfassung und ihren demokratischen Grundlagen. Eben weil die Partei mit voller Ueberzeugung für die Verfassung eintritt, verlangt sie auch, daß innerhalb ihrer Grenzen das Eigenleben ihrer Länder wie der Gemeinden nicht erschüttert werde und daß an den altbewährten deutschen Grundlagen einer geordneten, von eigener Leistungsfähigkeit getragenen Selbstverwaltung nicht gerüttelt werde. Sie behauptet, daß gerade im letzten Augenblick der Gefahr

eine Regierungsumbildung veranlaßt worden ist, und daß nicht alle Parteien des bisherigen Regierungsmehrheit ihre Sonderwünsche hinter den großen Forderungen eines lebensfähigen Reichs zurückstellen vermöchten. Sie begrüßt es, daß unter wesentlicher Mitwirkung der deutschdemokratischen Reichstagsfraktion eine Ueberwindung der Schwierigkeiten im Rahmen der Großen Koalition gelungen ist.

Die gegenwärtigen Geld- und Währungsverhältnisse sind unerträglich. Die Schaffung eines verbefähigenden Zahlungsmittels ist die dringendste Aufgabe der ganzen Politik. Die kann aber nur erreicht werden, wenn es gelingt, binnen wenigen Monaten Ausgaben und Einnahmen in den Haushalten des Reichs, der Länder und Gemeinden ins Gleichgewicht zu bringen. Außer der Stundung der finanziellen Leistungen aus dem Diktat von Versailles wird es hierzu der stärksten Einschränkungen der Ausgaben, der Einschränkung und Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung und einer entsprechenden Steigerung der Einnahmen bedürfen. Die insolgedessen notwendig auch in den Sachbesitz tief eingreifende Steuergesetzgebung des Reichs und der Länder muß auf klaren und einfachen und die Erhaltung der Wirtschaft beruhenden Grundlagen aufgebaut werden. Im Interesse der Wehrzeugung ist eine Neuordnung des Arbeitszeitgesetzes unerlässlich. Die zu erwartende Verstärkung mit der Arbeiterschaft hierüber ist sehr zu begrüßen.

Die Partei hat das Vertrauen, daß die Regierung in der inneren Politik des Landes entschlossen und in der Lage ist, das Ansehen des Staats gegenüber jeder Störung von Ruhe und Ordnung zu wahren. Sie fordert, daß Maßregeln zur Sicherstellung der Ernährung unserer Bevölkerung, namentlich der städtischen Bevölkerung, mit Brotgetreide und Kartoffeln mit größter Kraft getroffen werden.

Die Deutsche demokratische Partei Württembergs fordert ihre Parteifreunde im ganzen Lande auf, in dieser schweren und entscheidungsvollen Zeit sie durch keinerlei Stimmungen, durch Gerüchte und Ueberraschungen das Gleichgewicht rauben zu lassen, sondern fest und geschlossen um das große vaterländische Ziel der Partei gesammelt zu bleiben und für seine Erreichung in Treue und in unserm Lande, in Treue immer am ersten zum Reich.

Marktheidenfeld, 8. Okt. 90 Benter Brotgetreide beschlagnahmt. Hier wurden bei der Landwirtsfamilie Geißler 90 Ztr. Getreide beschlagnahmt. Die Frucht stammt aus den Erntejahren 22, 21 und 20 und hatte teilweise schon den Kornwurm. Das Getreide sollten also lieber die Wärmer verzehren, als daß man es unserem darbenenden und notleidenden Volk zur Ernährung zugeführt hätte. Die Kommission veranlaßte ebenfalls, daß die Familie Geißler sofort ein schlaachtreifes Stück Vieh abgab, andernfalls wäre auch dieses der Beschlagnahme anheimgefallen. In zwei großen Lastwagen wurde die Frucht dem Lagerhaus zugeführt. Der Wert des beschlagnahmten Getreides beträgt etwa 20 Millionen Mark und nach den geringen Ertragsmengen kann die ganze Menge neben den üblichen Kosten für verfallen erklärt werden. So ist die keine Zeitung liest und für seine eigenen Interessen nichts übrig hat. Jeder ehmlich eine solche frivole Zurückhaltung der öffentlichen Interessen der abklammerung ist es gelegen. Gehört werden.

Karlsh

Schädigung
Stellung
1923
Legung
Entsch
f
die
Kir
N
G
u
g
w
t
e
i
d
n
n
o
f
Frei
Of
Offen
W
sichtig
B
D
der
gen



